

die liberalen Technokraten der Macht – vor allem in der Wirtschaftspolitik – sehen allein unter dem Schirm des Markenzeichens „Solidarność“ die Möglichkeit, ihren politischen Einfluß zu erhalten.

Die *Verlagerung des politischen Spektrums nach rechts* ist in Polen allerorten zu spüren, das liberale Wirtschaftsprogramm des Finanzministers Balcerowicz gerät unter zunehmende Kritik. Die Wirtschaftspolitik ist der Angelpunkt, um den sich auch die Neuformierung der politischen Kräfte außerhalb der „Solidarność“ bewegt und Mazowieckis Koalitionsregierung zu Fall bringen könnte. Bis in die Reihen der Sejm-Fraktion der „Solidarność“ reicht die Kritik an der Wirtschaftspolitik, die zwar einen ausgeglichenen Haushalt, einen stabilisierten Złoty und einen Außenhandelsüberschuß aufweisen kann, zugleich aber eine halbe Million Arbeitslose zur Jahresmitte und eine zunehmend frustrierte Bauernschaft bescherte.

Noch kann und will Wałęsa lokal oder regional aufflackernde Streiks beenden. Das hilft Mazowiecki im Augenblick, unterstreicht jedoch gleichzeitig die Unentbehrlichkeit des Arbeiterführers.

In der Landwirtschaftspolitik steht die Regierung jedoch zunehmend allein, und hier erwächst ihr in der Bauernpartei (PSL) eine ernstzunehmende Gefahr, ja der Verlust der parlamentarischen Mehrheit. Die PSL regiert derzeit eine eigenartige Koalition aus alten Funktionären der ehemaligen Satellitenpartei der Kommunisten (ZSL) und abtrünnigen „Solidarność“-Bauernpolitikern. Der neue Vorsitzende der Bauernpartei, *Roman Bartoszcze*, war als „Solidarność“-Bauern-Kandidat ins Parlament gewählt worden. Die alten Bürokraten der Satelliten-Bauern (ZSL), die bis vor einem Jahr mit den Kommunisten eine prosozialistische Agrarpolitik zu legitimieren hatten, gerieren sich heute rechts und nationalistisch. Die unnatürliche Koalition aus instinktiven Gegnern des politischen Pluralismus und der Öffnung der Märkte und unzufriedenen „Solidarność“-Bauernpolitikern mit populistischen Losungen

ist eine ernstzunehmende Gefahr nicht nur für Mazowiecki, sondern auch für die entstehende politische Kultur in Polen. Wenn die Bauernpartei, bisher Koalitionspartner, sich endgültig als Oppositionspartei etablieren wollte, würde dies möglicherweise eine Kettenreaktion bei den unzufriedenen Gruppen unterschiedlicher Couleur auslösen und destabilisierend wirken.

Die katholische Kirche, die in den Zeiten der kommunistischen Diktatur, wenn erforderlich, ihre Vermittlungsdienste angeboten hatte, sucht in dieser auch für sie neuen Situation ihren eigenen Platz. Im politischen Pluralismus ist sie als Vermittlungsinstanz nicht mehr so gefragt. Sie muß sich vorsehen, daß sie sich nicht von bestimmten politischen Gruppen vereinbarheiten läßt oder für die Durchsetzung eigener Ziele (Abtreibungsverbot, obligatorischer Religionsunterricht an Schulen u. a.) sich einer politischen Partei verschreibt.

Da mag es wie ein blasses remake aus alter – für wen schlechten, für wen guten? – Zeit wirken, daß sich Ministerpräsident Mazowiecki und Gewerkschaftsführer Wałęsa Anfang Juli bei dem Versuch, die politischen Gegensätze zu überbrücken und einen „Burgfrieden“ zu schließen, der Einladung zu einem Treffen auf „neutralem“ Boden am Sitz von Erzbischof Dąbrowski, dem Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, in Warschau bedienten.

Am allerunglücklichsten fühlen sich in diesem Augenblick die immer noch millionenfachen Anhänger der „Solidarność“ und die Mitglieder der „Bürgerkomitees“, die sich durch ihre Spitzenpolitiker zu der Alternative Wałęsa oder Mazowiecki gedrängt sehen. Dabei haben sie seit kurzem die Auswahl zwischen der von Wałęsa-Anhängern gegründeten „Verständigung Zentrum“ und der „demokratischen Aktion“, die das Reformprogramm Mazowiecki weiterhin parlamentarisch und politisch abstützen will. Der Parteienbildungsprozeß auf den Trümmern der zerbrochenen Einheitsbewegung „Solidarność“ ist in vollem Gang. bi

Voreilig

Was steckt hinter der neuen Berlineuphorie?

Folgt man manchen Kommentaren der letzten Wochen, dann gibt es an *Berlin als künftiger Hauptstadt* eines wiedervereinigten Deutschland kein Vorbeimehr. Und in der Tat! Der Bundespräsident spricht sich nicht nur aus persönlicher Vorliebe für Berlin aus, sondern setzt dafür sein Amt ein. Vom Bundeskanzler heißt es, er habe sich „intern“ bereits für Berlin entschieden, er halte sich nur aus Opportunitätsgründen zurück und wolle die Wiedereinsetzung Berlins als Hauptstadt erst, wenn die sowjetischen Soldaten aus Ostberlin und aus der gesamten DDR abgezogen seien. *Lothar de Maizière*, der Ministerpräsident der DDR, indessen, möchte die Entscheidung für Berlin gar zur Bedingung für den Abschluß des zweiten Staatsvertrages, damit für die Überleitungsgesetzgebung zum Vollzug der Vereinigung machen, und kritisiert wie der Bundespräsident jedes Zögern – auch das des Kanzlers. Gäbe es also nicht hinhaltenen Widerstand durch die Ministerpräsidenten der meisten Länder, die Sache wäre wohl schon längst – noch bevor sich ein gesamtdeutsches Parlament dazu äußern kann – entschieden.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: wenn hier auf Berlin Bezug genommen wird und Bedenken gegen die ehemalige Reichshauptstadt als künftigen gesamtdeutschen Regierungssitz angemeldet werden, dann *spielen konfessionelle Gründe keine Rolle*. Und es ist auch kein süddeutsches Gemüt am Werk, das etwas gegen „Preußen“ oder „Norddeutsches“ allgemein hätte. Es ist zwar so, daß Katholiken sich in keinem deutschen Staat so wohl fühlten wie in der „Bonner“ Demokratie. Auch ist wahr, daß Protestanten gegen das Modell Bundesrepublik eher Vorbehalte hatten

und einzeln auch heute noch haben. Und die gegenwärtige personelle Konstellation hüben wie drüben will es so, daß der Ruf nach Berlin fast urprotestantisch klingt. Doch konfessionelle Gesichtspunkte können für oder gegen Berlin zuallerletzt in Anspruch genommen werden. Schon allein, weil dafür im künftigen Deutschland das Gewicht beider Konfessionen zu schwach sein wird. Eher schon könnten *föderalistische Gründe* geltend gemacht werden. Der Bundespräsident hat föderalistischen Gegnern Berlins – indirekt den Ministerpräsidenten – zwar „dürftiges Selbstbewußtsein“ attestiert. Ein Argument würde aber eher umgekehrt daraus: alle großen Metropolen als Hauptstädte, auch Berlin, haben zentralisierend gewirkt. Und Deutschlands solidester Teil ist immer noch seine urbane Provinz.

Aber darum geht es nicht. Und, ob einem Bonn gefällt oder nicht, ist belanglos. Was letztlich zählt bei der Hauptstadtfrage, soweit damit Berlin ins Spiel gebracht wird, sind die *deutschland- und europapolitischen Aspekte*. Sie haben einiges mit „Vergangenheitsbewältigung“ zu tun und sind insofern von *ethischer Qualität*.

Die *deutsche Einheit* ist schnell, gleichsam über Nacht, gekommen aufgrund der ebenso plötzlichen Umbrüche im gesamten mittelosteuropäischen Raum. Sie ist binnen kurzem und schon lange bevor auch Moskau endgültig seine Zustimmung gab, so selbstverständlich geworden, daß sich ihr unter den europäischen Nachbarn niemand mehr entgegenstellen kann, auch wenn anfangs solches z. B. von Frankreich aus versucht wurde. Wenn jetzt von West bis Ost aus realpolitischen Gründen und zum Teil gewiß aus Überzeugung die deutsche Einheit bejaht wird – über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen muß gar nicht mehr gesprochen werden –, so sind damit Bedenken gegen ein neues, selbst europäisch eingebettetes „Großdeutschland“ noch lange nicht behoben.

Gegenwärtig ist es angesichts der Wucht der Veränderungen unchic, solches Mißtrauen zu äußern. Um so länger wird es nachwirken. Man muß dabei nicht an neuere Gespräche über

die Eigenschaften der Deutschen an englischen Kaminen oder an erkennbare französische Verlegenheiten oder gar an Polens Sorgen mit den Deutschen denken, es genügen dafür ein paar Erkundungen unter ausländischen Bekannten. Um so mehr Grund hat das geeinte Deutschland, alles zu vermeiden, was tatsächlich nach „deutscher Großmacht“ und imperialer Vergangenheit aussieht. Angesichts der Vergangenheit Berlins als deutscher Reichshauptstadt ist solches Mißtrauen auch verständlich. Es ist an Deutschland, damit umzugehen. Es kommt darauf an, die richtigen und auch in ihrer Symbolik *versöhnenden Zeichen* zu setzen. Berlin als Hauptstadt wäre das falsche Zeichen.

Lothar de Maizière hat einmal auf die Frage, was der DDR-Deutschen herausragende Eigenschaft sei, geantwortet: *Bescheidenheit*. Es wäre ein Ausweis der Bescheidenheit aller politisch denkenden Deutschen, nicht mehr dort anzusetzen, von wo aus Deutschland, das moderne Deutschland seit Bismarck, Europa dreimal mit Waffengewalt überzogen hat. Wohlmeinende Europäer dürften ein Zeichen der Selbstbescheidung, das ein Verzicht auf Berlin als Hauptstadt zweifelsfrei wäre, auch richtig zu deuten wissen. Die neue Berlin-Euphorie unter Deutschen aber ist eher ein Zeichen dafür, daß Vergangenheit gerade im Prozeß der Einigung mehr verdrängt als aufgearbeitet wird. Sollten jetzt gerade jene unsensibel sein, die Sensibilität sonst so sehr einfordern?

se

Erfahrungsfremd?

Wie die Glaubenskongregation den Öffentlichkeitsbezug von Theologen sieht

Jenseits aller Rückfragen, die sich an die Theologie des Dokuments richten lassen (vgl. ds. Heft. S. 373 – S. 377), fällt an der Instruktion der römischen Glaubenskongregation über die kirchliche Berufung des Theologen vor allen anderen *ein Problem* auf: das

Verhältnis von Lehramt, Theologie, Kirche und Öffentlichkeit. Das Dokument handelt zwar nirgends direkt davon, spricht es aber um so deutlicher indirekt an. Dabei kommt ein Vorverständnis von Öffentlichkeit und von kirchlichem Umgang mit Öffentlichkeit zum Vorschein, das wohl nicht nur der journalistischen Zunft, soweit sie es mit kirchlich-theologischen Themen oder schlicht mit Glaubensfragen zu tun hat, Kopfzerbrechen macht.

Die einschlägigen Belegstellen finden sich ausnahmslos im vierten Teil der Instruktion, der von der Zusammenarbeit zwischen Glaubenskongregation und Lehramt und vom möglichen und faktischen „Dissens“ zwischen beiden handelt. So heißt es in Nr. 30: „Der Theologe wird in diesen Fällen“ – gemeint sind solche Konfliktszenarios, wo trotz loyaler Haltung und erkennbarer Lernbereitschaft ein Widerspruch zwischen einer lehramtlichen Position und dem Erkenntnisstand eines Theologen nicht aufgelöst werden kann – „nicht auf die Massenmedien zurückgreifen, sondern vielmehr die verantwortliche Autorität ansprechen, denn durch das Ausüben von Druck auf die öffentliche Meinung kann man nicht zur Klärung von lehrhaften Problemen beitragen und der Wahrheit dienen.“

Warum das nicht geht, wird ebenso deutlich einige Passagen weiter in Nr. 32 gesagt. Dort ist u. a. zu lesen: „Das Gewicht einer künstlich gesteuerten öffentlichen Meinung übt mit dem Druck, sich konform zu verhalten, ebenfalls einen Einfluß aus. Oft drohen die von den Massenmedien verbreiteten sozialen Modelle zu einem normgebenden Wert zu werden, und es verbreitet sich die Meinung, die Kirche dürfe sich nur zu Problemen äußern, die die öffentliche Meinung für wichtig hält...“ Wie schädlich die Verwicklung des Dissensaustragens mit den obwaltenden Gesetzen öffentlicher Meinungsbildung über Kirche nach Meinung der Instruktion sein kann, wird unter dem Stichwort „paralleles Lehramt“ (Nr. 34), das als „Lehramt“ der Theologen in Konkurrenz zum authenti-